

**S O D K** – Konferenz der kantonalen  
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren

**C D A S** – Conférence des directrices et directeurs  
cantonaux des affaires sociales

**C D O S** – Conferenza delle direttrici e dei direttori  
cantionali delle opere sociali



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police

Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantionali di giustizia e polizia

An die Mitglieder der Konferenz der kantonalen  
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK  
sowie der Konferenz der Kantonalen Justiz- und  
Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD

Bern, 11. November 2022

Reg.: dub 10-424

## 17. Newsletter Ukraine-Krise: Aktuelle Informationen an die Kantone

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit dem letzten Newsletter vom 28. Oktober 2022 hat sich die Lage im Asylbereich auf nationaler Ebene wie internationaler Ebene nicht grundlegend verändert. Die Prognose des SEM zur Auswirkung des Ukrainekriegs auf die Zugangszahlen bleibt unverändert (wahrscheinlichstes Szenario 80'000 bis 85'000 Gesuche um den Schutzstatus S bis Ende Jahr), eine grössere Fluchtwelle zeichnete sich bis Ende letzter Woche nicht ab. Die Gesuchszahlen im regulären Asylbereich haben sich auf hohem Niveau stabilisiert, die wichtigsten Herkunftsstaaten im Oktober waren Syrien, Afghanistan, Türkei, Venezuela und Kolumbien. Auch die Transitmigration bleibt hoch. Allerdings besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Einführung einer Visumpflicht in Serbien für Personen aus Burundi (bereits erfolgt) und Tunesien (ab Mitte November) sowie die witterungsbedingte Erschwerung der Mittelmeerüberquerung zu einer Trendwende ab Mitte November führen könnten. Das SEM rechnet momentan unverändert mit bis zu 24'000 regulären Asylgesuchen bis Ende 2022. Damit bleibt der Druck im Unterbringungs- und Betreuungsbereich bei Bund, Kantonen und Gemeinden hoch.

### Kontaktorgan KKJPD-SODK-EJPD und SONAS vom 4. November 2022

Im Rahmen des Kontaktorgans informierte die Vorsteherin des EJPD die Vorstände von KKJPD und SODK über diese Situation und zeigte die Bemühungen und Erfolge des Bundes auf, mit Unterstützung der Armee und der betroffenen Standortkantone- und gemeinden zusätzliche temporäre Bundesstrukturen zu schaffen. Sie orientierte darüber, dass die EU die Schutzgewährung für Ukraine-Flüchtlinge bis Frühjahr 2024 verlängert habe und dass sich die Schweiz in dieser Frage mit der EU koordinieren müsse, wie dies auch die Direktorenkonferenzen in ihrer Rückmeldung auf eine entsprechende Konsultationsanfrage des Bundes verlangt hatten.

Die Staatssekretärin für Migration zeigte Verständnis für die Probleme der Kantone angesichts der massiven Doppelbelastung mit hohen Zugängen aus dem regulären Asylbereich und dem Ukraine-krieg und versicherte, dass das SEM alles daran setzen werde, die vorzeitigen Zuweisungen aus den

–  
Generalsekretariat Secrétariat général Segreteria generale  
Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern 031 320 29 99 office@sodk.ch www.sodk.ch

1/2

Bundeszentren gemäss Art. 24 Abs. 6 Asylgesetz so rasch als möglich wieder zu beenden und zum Regelprozess zurückzukehren. Die Staatssekretärin hofft, dass dies bis Mitte Dezember der Fall sein wird. Die Vertreterinnen und Vertreter von SODK und KKJPD bekräftigten ihre Haltung, wonach der Bundesrat bei anhaltend angespannter Unterbringungssituation den Verzicht auf die Durchführung von Wiederholungskursen oder Rekrutenschulen der Armee ernsthaft prüfen müsse. Sie äusserten ausserdem ihre Bedenken, dass die Pendenzen bei der Gesuchsbearbeitung aufgrund der angespannten Personalsituation im Asylverfahren wieder massiv steigen und die Verfahrensbeschleunigung gefährden könnte. Bundesrätin Keller-Sutter informierte in diesem Zusammenhang über einen bereits laufenden Personalaufwuchs im SEM von insgesamt 80 Stellen.

Im gleichentags tagenden SONAS vertieften die Stabsmitglieder diese Diskussion zusammen mit Vertretern des VBS. Diese wiesen darauf hin, dass eine kurzfristige Absage von bereits eingeplanten Kursen massive Umtriebe zur Folge hat. Die Armee stehe aber über die bereits zur Verfügung gestellten Unterbringungsstrukturen hinaus für Unterstützung gemäss ihren Möglichkeiten bereit. Sie habe jedoch kein Personal für die Betreuung von Geflüchteten, da die hierfür notwendige Ausbildung seit Jahren nicht mehr durchgeführt werde. Das SEM hat in diesem Zusammenhang eine weitere Arbeitsgruppe «Erweiterte Unterbringung und Betreuung» ins Leben gerufen, die zusätzliche Lösungspisten im Fall eines weiteren massiven Anstiegs der Zugangszahlen prüfen soll. Dazu gehört auch die Vorbereitung eines Antrags an den Bundesrat für einen subsidiären Armeeeinsatz. In der Arbeitsgruppe sind neben SEM, SODK und der Armee auch das BABS, das Bundesamt für Zivildienst und der kantonale Zivilschutz vertreten.

### **Bundesratsentscheid vom 9. November 2022**

Wie erwartet hat der Bundesrat in seiner Sitzung vom vergangenen Mittwoch beschlossen, den Status S für ukrainische Schutzsuchende im Frühjahr 2023 nicht aufzuheben, sofern bis dahin keine grundlegende Veränderung der Situation eintritt. Damit ist nach übereinstimmender Meinung von Bund, Kantonen und Expertinnen und Experten nicht zu rechnen. Der Bundesrat schafft mit diesem Entscheid die von den kantonalen Direktorenkonferenzen, den Gemeinden und weiteren Organisationen geforderte Planungssicherheit für die kommende Phase bis Frühjahr 2024. Die Kantone sind nun gefordert, die notwendige Verlängerung der Ausweise S um ein Jahr vorzubereiten. Der Bundesrat hat ausserdem beschlossen, die Unterstützungsmassnahmen für den Spracherwerb und die Arbeitsmarkteingliederung von 3000 Franken pro Person und Jahr zu verlängern, was von den Konferenzen begrüsst wird.

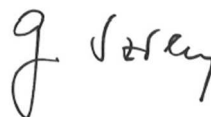
Freundliche Grüsse

**Konferenz der Kantonalen Justiz-  
und Polizeidirektorinnen und -direktoren**



Florian Düblin  
Generalsekretär KKJPD

**Konferenz der kantonalen  
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**



Gaby Szöllösy  
Generalsekretärin SODK